

BZ. BERNER ZEITUNG

BZBERNERZEITUNG.CH



Lustenbergers missglückter Einstand

Fussball Der erste Einsatz von YB-Captain Fabian Lustenberger nach seiner langen Verletzungspause endet mit einer unglücklichen Niederlage gegen den FC Zürich. **Seite 15**

Wenn der Handwerker mehr kostet als offeriert

Ratgeber Es kommt vor, dass die Rechnung eines Handwerkers teurer ist als abgesprochen. Ob man sich dagegen wehren kann, hängt von der Vereinbarung ab. **Seite 20**

Preisgekrönter Kurator

Ausstellung «Queer» Mit seiner ersten Arbeit als Kurator gewinnt der Berner Simon Jäggi einen Preis. **Seite 23**



AZ Bern, Nr. 279 | Preis: CHF 4.60 (inkl. 2,5% MwSt.)

AUSGABE STADT + REGION BERN

Heute -2°/0°
Winterlicher Wochenbeginn, die Schneeschauer lassen aber tagsüber nach.

Morgen -1°/2°
Der Dienstag verläuft lange Zeit trocken, später erreicht uns eine neue Störung.

Seite 26

Nach dem klaren Ja fordern Sieger weitere Verschärfungen

Covid-Gesetz 62 Prozent stimmten für die Zertifikatspflicht. Befürworter werten das als Auftrag, neue Massnahmen zu verfügen, um auf die neue Virusvariante zu reagieren.

Philippe Reichen, Carlo Senn und Edgar Schuler

Nur Schwyz und Appenzell Innerrhoden sprachen sich gestern gegen das Covid-19-Gesetz aus, in allen übrigen Kantonen fiel die Zustimmung zum Teil massiv aus. Das Ja im Kanton Bern lag mit 62,5 Prozent ungefähr im nationalen Schnitt.

In der Stadt Bern war die Stimmung gestern angespannt. Massnahmegegner hatten im Vorfeld zur Demonstration aufgerufen. Als Vorsichtsmassnahme wurde das Bundeshaus eingezäunt. Doch der befürchtete Grossaufmarsch blieb aus. Es kam lediglich zu einigen Scharmützeln mit der Polizei.

Das Gesetz hatte bei den älteren Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die mit Abstand grösste Unterstützung. Das zeigt sich bei einer Nachbefragung, die im Auftrag von Tamedia und «20 Minuten» durchgeführt wurde. 60 Prozent der Befragten finden, dass zusätzliche Massnahmen zu treffen sind, die vor allem Ungeimpfte betreffen. Booster-Impfungen für alle, die Ausweitung



Vereinzelt wurde am Sonntag vor dem Bundeshaus gegen das Covid-Gesetz demonstriert. Foto: Keystone

der Maskenpflicht und Massnahmen an Schulen wie der Einbau von Luftfiltern erhalten die höchste Zustimmung.

Wegen der Omikron-Variante müssen Einreisende aus 19 Staaten einen negativen Test vorlegen und in Quarantäne. Skige-

biote befürchten schwere Verluste. Britische Medien berichten vom Aus von Weihnachtsferien in der Schweiz. **Seite 10/11/21**

Klares Nein zu höheren Steuern

Köniz Auch beim zweiten Anlauf innert zwei Jahren ist der Gemeinderat von Köniz mit seinem Vorhaben gescheitert, die Steuern zu erhöhen. Das Stimmvolk sagte am Sonntag mit 58 Prozent klar Nein zur Anhebung des Steuerfusses von 1,49 auf 1,60. Die Massnahme hätte Köniz jährlich über 7 Millionen Franken Mehreinnahmen beschert. Stattdessen wird das Loch in der Kasse der finanziell angeschlagenen Gemeinde nun noch grösser. Ende Jahr werden ihre Reserven aufgebraucht sein. «Köniz steckt in einer Sackgasse», sagte Gemeindepäsidentin Annemarie Berlinger (SP) gestern nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses. Sie sehe nirgendwo mehr Sparpotenzial. Anderer Meinung ist diesbezüglich die SVP, die zusammen mit der FDP die Steuererhöhung erfolgreich bekämpft hatte. «Wir glauben dem Gemeinderat nicht, wenn er sagt, er könne in der Verwaltung nichts mehr sparen», so SVP-Fraktionspräsident David Burren. Ob Gemeinderat und Parlament einen Weg aus der Finanzkrise finden, wird sich nun zeigen. Fakt ist: Schaffen sie es nicht, sich bis nächsten Juni auf ein neues Budget zu einigen, greift der Kanton ein und setzt den Steuerfuss fest. (cha) **Seite 2**

Heute

Das Recycling in der Stadt Bern wird farbig

Abfallwirtschaft Die zuständige Gemeinderätin Marieke Kruit kann aufatmen. Das Stadtberner Stimmvolk hat dem neuen Farbsack-Trennsystem beim Recycling zugestimmt. Der Anteil an Ja-Stimmen war mit rund 58,3 Prozent indes klar tiefer als sonst bei städtischen Vorlagen. **Seite 3**

Gemeinderat ist neu in rot-grüner Hand

Münsingen Schlappe für die Bürgerlichen: Sie verlieren gleich zwei Sitze im Gemeinderat und sind künftig nur noch mit einem SVP-Sitz vertreten. Im Parlament räumt die Grünliberale Partei ab und zieht gleich mit den beiden stärksten Vertretungen von SP und SVP. **Seite 4**

Was Sie wo finden

Unterhaltung	19
Agenda	24
Forum	25
Kinos	26
TV/Radio	27

Wie Sie uns erreichen

Zentrale Bern	031 330 31 11
Abo-Service	0844 844 466 (Lokaltarif)
Redaktionen	
Burgdorf	034 409 34 34
Bern	031 330 33 33
Redaktion E-Mail	redaktion@bernerzeitung.ch
Anzeigen	031 330 33 10

BZ BERNER ZEITUNG



Kommentar

Dieses Ja zum Covid-Gesetz nützt allen, aber weitertorkeln geht nicht

Das Stimmvolk nimmt das Covid-Gesetz deutlich an. Dieses Ja nützt allen. Es regelt vor allem den Umgang mit dem umstrittenen Zertifikat. Dieses immer wieder vorzuzeigen, ist lästig, unzumutbar auf lange Sicht, aber es ist ein taugliches Instrument, um ein bisschen Normalität in der Pandemie herzustellen.

In diese Abstimmung wurde zu viel reinprojiziert. Es ging weder um das Schicksal unseres Landes noch um einen Freipass für hartes staatliches

Durchgreifen. Das klare Ja bedeutet: Wir haben die richtigen Werkzeuge zur Verfügung. Das Volk sendet auch ein Signal der Solidarität an Unternehmen. Sie profitieren von finanzieller Unterstützung im Krisenfall. Notabene auch die ärgsten Gegner des Gesetzes.

Die hohe Stimmbeteiligung beweist: Das weltweite Privileg der Mitbestimmung wird geschätzt. Glücklicherweise hat der Zorn von radikalisierten Zertifikatsgegnern nicht ausgereicht, um breite Bevölke-

rungskreise zu verunsichern. Lügen und Hass fanden im Abstimmungskampf wenig Nährboden. Wer mit dem Prozess nicht einverstanden ist, kann ihn gerichtlich anfechten.

Die entstandenen Gräben dürfen nicht noch grösser werden. Ungeimpfte pauschal für die Lage verantwortlich zu machen, hilft nicht, die Impfquote zu erhöhen. Um eine Verschärfung des Tons kommen wir allerdings nicht herum. Die Botschaft muss lauten: Das Virus ist der Feind, nie-

mand anders. Sich impfen ist das Beste, was jede und jeder tun kann.

Weitertorkeln wie in den letzten Monaten geht nicht. Eine brutalere Virusvariante könnte uns das Leben erschweren, und die Zahl der Intensivpatienten steigt stark an. Es braucht schnellstens Booster für alle und Konsequenz bei den Massnahmen: Maskentragen in Innenräumen, regelmässige Tests an Schulen, Wiedereinführung von Gratistests für alle, Einschränkung der Gültigkeit

derselben auf 24 Stunden. Ein Lockdown muss mit allen Mitteln verhindert werden. Das wäre ein Schlag gegen die grosse Mehrheit, die sich geimpft hat. Unser Land hat die Pandemie bisher so gut wie kaum ein anderer Staat bewältigt. Das Stimmvolk hat nun die Voraussetzungen geschaffen, dass dies so bleibt.



Simon Bärtschi
Chefredaktor

ANZEIGE

15.11. – 15.12.

black weeks

Möbel mit kurzer Lieferzeit
Lieferung noch vor
Weihnachten möglich

"... das märki mir!"

bis 70% Rabatt

Ittigen-Bern,
1000 Meter vom Wankdorfplatz

möbel märki

Nun kommen beim Recycling die farbigen Säcke zum Einsatz

Abfallentsorgung Die Stadt Bern stellt ihre Müllentsorgung definitiv um – die blauen Säcke am Strassenrand verschwinden. Doch es bleiben Knackpunkte.

Benjamin Bitoun

Nach dem Ja am Wahlsonntag steht fest: In den Stadtberner Haushalten wird es künftig in Sachen Müllentsorgung bunt zu- und hergehen. 58,3 Prozent der Abstimmenden schrieben ein Ja für das neue Abfallentsorgungssystem auf ihren Stimmzettel. Das ist ein deutlich tieferer Wert als die üblichen Zustimmungsraten zu städtischen Vorlagen, die jeweils bei über 70 Prozent liegen.

Der zuständigen Gemeinderätin Marieke Kruit (SP) war gestern eine gewisse Erleichterung über das Ja des Stimmvolks anzusehen. Sie betonte, dass sie über die für städtische Verhältnisse tiefe Zustimmungsraten nicht enttäuscht sei: «Es ist eine Vorlage, die in den Alltag der Leute eingreift. Ich verstehe, wenn sie gegenüber einer solchen Neuerung eine gewisse Skepsis haben», sagte sie an der Medienkonferenz des Gemeinderats. Sie betonte, dass das neue System schrittweise eingeführt werde und dass es ihr ein Anliegen sei, dass ihre Direktion auf die Betroffenen zugehen werde und in den verschiedenen Phasen dazuzulernen werde.

Das sind die Neuerungen

Das Farbsack-Trennsystem wird ergänzend zu den öffentlichen Sammelstellen für das Recyclinggut eingeführt. Somit haben Bernerinnen und Berner künftig die Wahl: Sie können ihre Glasflaschen oder Büchsen wie bislang entsorgen und PET-Flaschen weiter bei den Detailhändlern abgeben. Oder aber sie können das Recyclinggut bereits zu Hause trennen. Dafür gibt es neu vier verschiedenfarbige Säcke: Violett steht für Glas, Grau für Büchsen, Rot für PET und Gelb für Plastik. Der Hauskehricht kommt wie bisher in den blauen Sack.

Wenig Platz für Container

Definitiv aus dem Stadtbild verschwinden werden die blauen Säcke am Strassenrand. Künftig muss der Hauskehricht zwingend in einem Container entsorgt werden. Diese Containerpflicht bringt eines der Hauptprobleme des



Ein Farbsack-Container wie dieser wird künftig vor fast jedem Haus in der Stadt Bern stehen. Foto: Beat Mathys

neuen Systems mit sich, auf das die Gegnerinnen und Gegner der Vorlage wiederholt aufmerksam machten, denn je nach Haus und Strassenzug ist der Platz für die beiden Container rar.

Der Hauseigentümergebiet und die Stadt Bern halten das Platzproblem indes für lösbar. Laut Letzterer müssen rund 12 Prozent aller Liegenschaften in Bern an öffentliche Containerstandplätze angeschlossen werden, weil sie nicht über genügend Abstellflächen verfügen. Insgesamt 400 solche Plätze auf öffentlichem Grund seien dafür nötig.

Das passiert mit Recyclinggut

Die Kehrichtsäcke werden wie bisher in die Energiezentrale Forsthaus gebracht und verbrannt. Die farbigen Säcke mit den Recycling-

materialien landen jedoch auf dem Areal von Alpabern im Norden der Bundesstadt. Das Unternehmen hat sich den Entsorgungsauftrag für die fünfjährige Einführungsphase gesichert. Danach wird der Auftrag neu ausgeschrieben.

Ob das Berner Unternehmen dann erneut zum Zug kommen wird, dürfte unter anderem davon abhängen, ob es imstande ist, die wiederverwendbaren Materialien künftig automatisch zu trennen. Gelingt dies, dürfte sich dies positiv auf die Recyclingquote und somit auch auf die Ökobilanz des neuen Abfallsystems auswirken. «Für die nächste Ausschreibung ist eine automatische Sortierung wahrscheinlich», sagt Christian Jordi, Leiter von Entsorgung und Recycling Bern.

Die Stadt wird die farbigen Säcke schrittweise in Umlauf bringen. Den Anfang macht Mitte 2022 der Stadtteil Mattenhof-Weissenbühl, gefolgt von den Stadtteilen Bümpliz-Oberbottigen (Mitte 2023), Länggasse-Felsenau (Mitte 2024), Breitenrain-Lorraine (Mitte 2025) und Kirchenfeld-Schosshalde

(Mitte 2026). In der Innenstadt wird das neue Abfallsystem aus Platzmangel und wegen der geltenden Bauauflagen im Unesco-Perimeter nicht eingeführt.

Resultat: 31'315 Ja (58,3%), 22'381 Nein (41,7%), Stimmbeteiligung: 69,4%.

Was kosten die Säcke?

Alle Säcke sind im Detailhandel mit 17 Liter Inhalt erhältlich, einige auch mit 35 Litern. Am Preis für den herkömmlichen blauen Abfallsack ändert sich nichts – eine 10er-Rolle 35-Liter-Säcke kostet wie anhin 13.95 Franken.

Auch die neuen Farbsäcke für das Recyclinggut werden kostenpflichtig sein. Am teuersten wer-

den die Säcke für Kunststoffe sein: Der 17-Liter-Sack kostet 68 Rappen, der 35-Liter-Sack 1.36 Franken. Die Preise für die übrigen 17-Liter-Säcke betragen 25 Rappen. Für PET-Flaschen gibts einen 35-Liter-Sack für 50 Rappen.

Papier und Karton können lose und damit kostenlos in die Container geworfen werden. (bit/sny)

Ja-Stimmen-Anteil zum Budget ist gesunken

Bern Die Stadtregierung geht mit einem tiefrotten Budget ins neue Jahr. Es sieht ein Defizit von 51,7 Millionen Franken vor. Das Stadtberner Stimmvolk hat der Vorlage mit 68,7 Prozent Ja-Stimmen zugestimmt. Die Ausgaben belaufen sich auf 1,34 Milliarden Franken.

Die Zustimmung zum Budget ist deutlich. Allerdings müssen die Stadtregierung und Finanzdirektor Michael Aebersold (SP) zur Kenntnis nehmen, dass die Zustimmungsraten sinkt. Der Ja-Stimmen-Anteil lag um 4,3 Prozentpunkte tiefer als im Vorjahr, als er 73 Prozent betrug. Michael Aebersold wollte dies nicht überbewerten wissen: «Es ist nicht selbstverständlich, dass das Stimmvolk einem Budget mit einem Defizit von 52 Millionen Franken mit 69 Prozent zustimmt», sagte er.

Das Defizit hat zur Folge, dass die Verschuldung weiter ansteigt. Da die Stadt 140,2 Millionen Franken investieren will, werden ihre Schulden um 110 Millionen auf 1,32 Milliarden Franken zunehmen.

Spardruck hält an

Auch nach diesem Abstimmungserfolg steht der Gemeinderat unter Spardruck. Er will im nächsten Jahr dem Stadtrat ein Sparpaket von 42 Millionen Franken präsentieren. Der Gemeinderat möchte aber auch Mehreinnahmen erzielen. So durch die Feuerwehr-Ersatzabgabe, welche rund 6,2 Millionen Franken einbringen soll.

Offen ist, ob der Gemeinderat dem Stadtrat im nächsten Jahr eine Steuererhöhung beantragt wird. Der Steuersatz in Bern liegt bei 1,54 Einheiten. Finanzdirektor Aebersold gab sich gestern zuversichtlich, dass der Gemeinderat auch im nächsten Jahr auf eine Steuererhöhung verzichten kann. (sny)

Resultat: 34'866 Ja-Stimmen (68,7 Prozent); 15'896 Nein-Stimmen (31,3 Prozent); Stimmbeteiligung: 69,4 Prozent.

Stiftung Siloah kann Kühlewil übernehmen

Abstimmung Stadt Bern Die Ära des Alters- und Pflegeheims Kühlewil als Stadtberner Pflegeinstitution neigt sich ihrem Ende zu. Die Stimmberechtigten der Stadt Bern genehmigten gestern mit 42'846 Ja-zu 8251 Nein-Stimmen einen Übergang der alterheerwürdigen Institution auf dem Längenberg unter die Fittiche der Siloah-Stiftung in Gümligen.

Konkret ermöglicht der hohe Ja-Anteil von 83,85 Prozent, dass das Heim Kühlewil in eine neue AG übergeht, in der die Siloah-Stiftung 80 Prozent der Aktien und die Stadt Bern nur noch 20 Prozent besitzen. Die Stadt bewahrt sich so noch einen gewissen Einfluss. Überdies verkauft Bern die Liegenschaften in Kühlewil für 12 Millionen Franken an die Siloah Immobilien AG. Zum Abstimmungspaket gehören auch Verpflichtungskredite zur versicherungstechnischen Absicherung des Personals. (svb)

Resultat: 42'846 Ja (83,9%), 8251 Nein (16,2%), Stimmbeteiligung: 69,4%.

Berner wollen leere Räume beleben

Teilrevision Bauordnung Die Stadt Bern sagt klar Ja zu erleichterten Zwischennutzungen. Ist das gesetzeskonform?

Zum Beispiel das Zieglerareal. Seit das gleichnamige Spital 2015 den Betrieb eingestellt hat, beherbergt das Areal temporär unter anderem ein Asylzentrum. Grosse Teile des Gebäudes sind aber nach wie vor ungenutzt. Das kann sich nun ändern. Dank des Ja zum Zwischennutzungsartikel des Stadtberner Stimmvolks (75% Ja-Stimmen) sind auf dem Areal künftig gewerbliche Nutzungen oder Wohnungen unlimitiert möglich. Bisher waren zonenfremde Nutzungen aufgrund juristischer Hürden nur schwer zu realisieren.

Kommt es nun in der Stadt Bern also generell zu deutlich mehr Zwischennutzungen?

Kaum. So haben die Stadtbehörden schon bisher ihren Spielraum ausgeschöpft, um temporäre Leerstände zu verhindern. Und wenn ein Vorhaben gegen übergeordnetes Recht verstösst, sind ihnen auch künftig die Hände gebunden. Namentlich die national geregelten Lärmbestimmungen werden – anders als von der Gegnerschaft suggeriert – mit dem neuen Artikel keineswegs hinfällig.

Es gab aber in jüngster Vergangenheit neben dem Zieglerareal durchaus weitere Beispiele, bei denen die neue Regelung Wirkung entfaltet hätte. Bei der Zwischennutzung der ehemaligen Feuerwehrraserne Viktoria

waren für einzelne Nutzungen etwa Ausnahmebewilligungen erforderlich. Dadurch kam es teils zu Verzögerungen; eine Nutzung konnte wegen Einsprachen überhaupt nicht realisiert werden. Wie viele Projekte künftig von der Neuregelung werden profitieren können, kann die Stadtverwaltung noch nicht abschätzen.

Rechtliche Vorbehalte

Zuerst gilt es ohnehin, zu prüfen, ob die neuen Bestimmungen überhaupt rechtskonform sind. Bereits vor der Volksabstimmung wurden zehn Einsprachen eingereicht; sie sind allesamt noch hängig. Adrian Haas, FDP-Gross-

rat und Präsident des einsprechenden Hauseigentümergebietes Bern und Umgebung, rechnet sich gute Chancen aus.

Tatsächlich ist die Sache verzwickelt. Zwar kennen etwa Thun und Burgdorf bereits ähnliche Gesetzesartikel. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) des Kantons hat der Stadt aber signalisiert, dass ein solcher Artikel heute nicht mehr genehmigt würde, da er übergeordnetem Recht widerspreche.

Die Stadt hat deshalb ein Buebetrickli angewandt. Statt zonenfremde Zwischennutzungen von der Anforderung einer Ausnahmebewilligung zu befreien, wie es Thun gemacht

hat, werden nun Zwischennutzungen unter gewissen Voraussetzungen einfach als zonenkonform erklärt.

Stadtpräsident Alec von Grafenried (GFL) ist optimistisch, dass die Formulierung rechtskonform ist. «Das AGR hatte bei der Vorprüfung jedenfalls nichts einzuwenden», sagte er. Laut Haas ist diese Vorprüfung aber sehr oberflächlich erfolgt. «Das Schreiben des AGR war bloss eine halbe A4-Seite lang.»

Fabian Christl

Resultat: 38'943 Ja-Stimmen (75,2%); 12'856 Nein-Stimmen (24,8%); Stimmbeteiligung: 69,4%.